

Datum: ____ . ____ . ____

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr
Klimaschutz und Umwelt
II D 3
Brückenstraße 6
10179 Berlin

Antrag auf Grundwasserbenutzungen während einer Baumaßnahme

Entnahme von Grundwasser Einleiten von Stoffen Einbringen von (festen) Stoffen

1. Lage des Grundstückes, auf dem Grundwasserbenutzungen erfolgen sollen:

..... Berlin,
(PLZ) (Ortsteil) (Straße/Hausnummer)

2. Personenbezogene Angaben

2.1. Grundstückseigentümer/in

Name:		
Straße:		
PLZ:	Ort:
Telefon:	Fax:
E-Mail:		

2.2. Bauherr/in (falls vom Grundstückseigentümer/in abweichend)

Name:		
Straße:		
PLZ:	Ort:
Telefon:	Fax:
E-Mail:		

2.3. **Antragsteller/in** - Sofern der Antragsteller vom Bauherrn abweicht, **muss** eine **Bauherrenvollmacht** beigefügt werden. Ein entsprechendes Formular finden Sie unter folgendem Link:

[antrag_vollmacht_im_wasserbehoerdlichen_verwaltungsverfahren.pdf](#)

zu 2.3 Antragsteller/in

Name:
Straße:
PLZ:	Ort:
Telefon:	Fax:
E-Mail:

2.4. **Gebührenträger /in (falls vom Bauherrn/in abweichend)**

Name:
Straße:
PLZ:	Ort:
Telefon:	Fax:
E-Mail:

3. **Kurze Baubeschreibung der Baumaßnahme inkl. Lageplan (1:200) sowie Grundriss und Schnitte der Baugrube (mind. 1:100)**

- bitte stets als Anlage vollständig beifügen -

4. **geplanter Baubeginn:**
geplanter Beginn der Grundwasserbenutzungen:5. **Ruhegrundwasserstand:** m NHN
Bemessungswasserstand: m NHN
**Höchster gemessener/
zu erwartender GW-Stand (HGW/zeHGW):** m NHN6. **Baugrund**Beschreibung des Baugrundes:
(Sand, Mergel o.ä.)k_f-Wert: m/sErgebnisse von Untersuchungen zur Durchlässigkeitsbestimmung des Bodens
liegen bei Baugrund-Gutachten mit Ergebnissen von Probebohrungen liegt bei 7. **Ggf. Erlaubnisfreie Grundwasserentnahme**

Nach § 46 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 13a Abs. 2 des Berliner Wassergesetzes (BWG) liegt eine erlaubnisfreie Grundwasserentnahme vor, **wenn** die Gesamtfördermenge einer zeitlich befristeten Maßnahme unter 6.000 m³ liegt, **keine signifikanten nachteiligen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu besorgen sind** (z. B. wegen vorhandener Altlasten - die Entscheidung über die Erlaubnisfreiheit trifft die Wasserbehörde) und keine Stoffe in das Grundwasser eingeleitet oder eingebracht werden.

Der Grundstückseigentümer bzw. Bauherr ist für alle mit seinen Grundwasserbenutzungen im Zusammenhang stehenden Folgen, z. B. Bauwerks- oder Vegetationsschäden, allein verantwortlich.

Das Vorhaben bleibt jedoch nach § 37 Abs. 1 BWG bzw. § 49 Abs. 1 Satz 1 WHG anzeigepflichtig und darf erst begonnen werden, wenn eine Bestätigung der Wasserbehörde vorliegt oder einen Monat nach Eingang der Anzeige bei der Wasserbehörde.

Der beantragten Fördermenge nach handelt sich um eine erlaubnisfreie Grundwasserentnahme

(es werden auch keine Stoffe in das Grundwasser eingeleitet oder eingebracht!)

- Zutreffendenfalls ist der Punkt 9 nicht auszufüllen -

8. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3	
Bauteilbezeichnung:				
Fundamentunterkante:				m NHN
Absenkziel:				m NHN
geplante Entnahmedauer:				Tage
Fläche der Absenkung:				m ²
Förderrate:				m ³ /h
Gesamtfördermenge:				m ³

9. Auswirkungen in der Umgebung der Grundwasserentnahme

Folgende Unterlagen sind beizufügen:

1.	Hydraulische Berechnung sowie daraus resultierende Visualisierung des Absenkttrichters auf einem Lageplan im Maßstab 1 : 1.000, mit Darstellung der Grundwassergleichen (Isolinien) mit einem Absenkbetrag gegenüber dem Ruhewasserstand von 0,3 m, 0,5 m, 1,0 m, 1,5 m
2.	Darstellung setzungsempfindlicher Böden im Absenkttrichter und dadurch gefährdeter Bauwerke
3.	Darstellung gefährdeter Vegetationsbestände
4.	Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der Grundwasserstände (Messnetz)
5.	Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Vereinbarungen zum Ausgleich ggf. eintretender Schäden an Bauwerken oder Vegetation
6.	Analyse der Grundwasserbeschaffenheit
7.	Gutachten zu Grundwasserverunreinigungen im Absenkbereich

10. Ableitung des Grundwassers

Das geförderte Grundwasser soll abgeleitet werden in:

- S-Kanal der Berliner Wasserbetriebe (BWB)
- M-Kanal der Berliner Wasserbetriebe (BWB)
- R-Kanal der Berliner Wasserbetriebe (BWB)
- Sonstiger Kanal (Betreiber:)
- folgendes Oberflächengewässer:
- den Untergrund (Lageplan mit Ort der Versickerungsanlagen liegt bei)
- Vor der Ableitung ist eine Grundwasserreinigung vorgesehen
- Art der Vorreinigungsanlage:

Bei Ableitung in die Kanalisation der BWB muss den Antragsunterlagen die Einleitgenehmigung der BWB in den vorgesehenen Kanal beigefügt werden. Sofern eine Ableitung in den R-Kanal vorgesehen ist, muss alternativ ebenfalls eine Einleitgenehmigung für die S-/ bzw. M-Kanalisation eingereicht werden.

11. Einleiten und Einbringen von Stoffen in das Grundwasser

Die in den nachfolgenden Tabellen angekreuzten Parameter sind ggf. den Antragsunterlagen beizufügen

Einleiten von flüssigen bzw. pastösen Stoffen in das Grundwasser	Menge [Stk.]	Fläche [m ²]	Volumen [m ³]	Länge [lfdm]	Durch- messer [m]	Ordinaten [m NHN]	GW- Verträg- lichkeits- nachweis	Herstel- lungs- zeitraum (Datum)
Betone / Be- tonsuspensio- nen (Schlitz- wand, Bohr- pfahlwand, Unterwasser- beton, Düsen- strahlsäulen u. ä.)		X	X			X	X	X
Pfähle (Bohr- pfähle, Ver- drängungs- pfähle, Klein- bohrpfähle u. ä.)	X		X	X	X	X	X	X
Bituminöse Suspensionen (Einphasen- dichtwand, Schmalwand)		X	X			X	X	X
Chemikalien (Bauwerksin- jektionsmittel, Bodeninjeki- tionsmittel, Ver- eisungsmittel u. ä.)			X			X	X	X

Einbringen von festen Stoffen in das Grundwasser	Menge [Stk.]	Fläche [m ²]	Volumen [m ³]	Länge [lfdm]	Durch- messer [m]	Ordinaten [m NHN]	GW- Verträg- lichkeits- nachweis	Herstel- lungs- zeitraum (Datum)
Spundwände (dauerhaft / temporär)		X		X		X		X
Stahlträger (z. B. „Berliner Verbau“)	X			X		X		X
Senkkästen	X		X			X		X
Anker (Stahlit- zen, GEWI- Stähle, Ische- beck)	X		X	X		X		X
Gründungs- pfähle (Stahl- pfähle, Rüt- telstopfsäulen u. ä.)	X		X	X	X	X	(X)	X
Geotextilien	X	X				X	X	X
Rohrleitungen				X	X	X		X
Tiefenerder	X			X	X	X		X
Beschichtun- gen (z. B. Bi- tumen)		X				X	X	X
Betonbauteile (Fertigteile, Köcherfunda- mente u. ä.)	X		X			X	X	X

Name des Antragstellers/in in Druckschrift,
ggf. Firmenstempel

Name des/der Bauherrn/in in Druckschrift,
ggf. Firmenstempel

Unterschrift der/des Antragstellers/in
(sofern nicht identisch mit Bauherr/in)

Unterschrift des Bauherrn/in